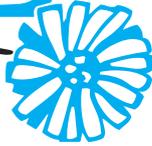




WEGWARTE



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Wie können unsere Familien überleben? Für ein Kinder-freundlicheres Österreich!

Fast jede zweite Ehe wird geschieden, seit Jahren kommen weniger Kinder zur Welt als zur Volkserhaltung nötig wären, viele Lehrer in den Schulen können sich aufgrund erziehungsfeindlicher Gesetze gegen den Sittenverfall und die damit einhergehende zunehmende Drogen- und Gewaltbereitschaft in den Schulen kaum mehr zur Wehr setzen.

Der größte Wunsch der Kinder ist, daß ihre Eltern mehr Zeit für sie hätten! Und auch viele Eltern würden gern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Aber wie?

Die von fast allen Parteien als einzige Lösung dafür angepriesene sogenannte "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" vor allem für die Frauen ist ein Schlagwort, das in der Praxis nur selten wirklich gut funktioniert und meist eine massive Arbeitsüberlastung mit sich bringt. Die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und Preise der Güter des täglichen Bedarfs **zwingen** viele Frauen dazu, einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachzugehen, ob sie das wollen oder nicht. Die Leidtragenden dabei sind dann auch die Kinder, falls sie überhaupt noch auf die Welt kommen ...

Der **ideologische Ruf nach der "Karriere" auch für Frauen** zeitigt heute - nach Jahrzehnten dieses Weges - viele gesellschaftlich negative Auswirkungen, vor denen man nicht länger die Augen verschließen sollte. Das Wort "Karriere" ist übrigens aus dem Französischen entlehnt und bedeutet

wörtlich "Rennbahn, Laufbahn". Das gallisch-lateinische Stammwort dafür, "carrus", bedeutet "Wagen", "Karre". Dieses gehetzte Rennen und Laufen mit abgehärteten Gesichtern kann man heute an den Plätzen in den Großstädten erleben, an denen viele tausend Menschen täglich vorbeiströmen wie vor Einkaufszentren, Hauptplätzen oder U-Bahn-Stationen.

Genau dort führen wir IHU-Mitarbeiter seit vielen Jahren Aktionstage mit Info-Ständen in allen Bundesländern durch und reden mit dem "kleinen Mann" und der "kleinen Frau", die wir ja selbst auch darstellen. So kennen wir die "**Seele des Volkes**" vielleicht besser als offizielle Meinungsforschungsinstitute, denen sich die Menschen - zurecht! - immer mehr verweigern.

Dabei fiel uns immer wieder auf, daß besonders **junge Frauen** mit einem oder zwei Kindern an der Hand offenbar am stärksten unter Druck stehen. Sie - und wahrscheinlich auch ihre Männer - haben offenbar die größten Zukunftssorgen, obwohl gerade sie eine Zukunft **für alle** überhaupt erst ermöglichen!

Es kann nicht so bleiben, daß Familien mit Kindern entweder in die Armutsfalle geraten oder bei Berufstätigkeit beider Eltern-

teile keine Zeit mehr für ihre Kinder haben und diese entweder verwaarloosen oder in staatliche Betreuungsanstalten "ausgelagert" werden müssen. Mit Sicherheit die **volkswirtschaftlich teuerste** und einer individuellen Entfaltung der Kinder abträglichste "Lösung"!

Es war die Lösung der kommunistischen DDR und sie sollte kein Vorbild für unsere Gesellschaftsordnung sein, die sich auf Freiheit und Vielfalt der Lebensgestaltung beruft. Es gibt einen ganz anderen Weg, der seit Jahren von sehr aktiven Frauen verfolgt und bisher von den herrschenden Kräften kaum bis gar nicht aufgegriffen wurde:

ANERKENNUNG DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN LEISTUNG DER HAUSFRAU UND MUTTER ALS BERUF MIT EIGENEM EINKOMMEN, KRANKEN- UND PENSIONSVERSICHERUNG!

Auf Seite 2 wird diese Forderung der „Österreichischen Hausfrauen-Union“ näher erläutert in einem Artikel einer lebenserfahrenen Lehrerin, der der Zeitschrift „HERA NEWS“ vom November 2006 entnommen ist. Schreiben Sie uns Ihre persönliche Meinung dazu!

Inge Rauscher, für die überparteiliche INITIATIVE HEIMAT & UMWELT (IHU)

Österreich 2005: 167.312 lebende Wirbeltiere für belastende, schmerzhaft Experimente verwendet

Seite 5

Ungarn: die Wahrheit über die Demonstrationen seit 17.9.2006

Seite 6

Gedanken für die Gleichstellung von Familien- und Erwerbsarbeit

von Dr. Herta Herglotz, 8010 Graz

Unsere demographische Notlage - Kinderschwund und Vergreisung - wird uns seit Jahren vor Augen geführt und angeprangert.

Wie soll es denn zu mehr Kindern kommen? Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der einzige Weg, der uns angeboten wird. Wir haben zu wenige Kinder und man setzt alles auf die Berufstätigkeit der Frauen und öffentliche Kinderbetreuung, was nachweislich **nicht** zu mehr Kindern führt. All die kleinen Erfolgsmeldungen reichen **nicht** aus, um den Verlust aufzufüllen.

Vorweg soll gesagt sein:

Jede junge Frau soll einen Beruf erlernen und ausüben. Aber warum sagt man diesen jungen Frauen nur, welche Nachteile es bringt, Kinder zu haben? Kinder lösen zuvor unvorstellbare **Glücksgefühle** aus, die die Frau erst kennen lernt, wenn sie **Mutter** wird und ist.

Nichts gegen berufstätige und Karrierefrauen, nichts gegen Kinderlose, für die es oft schmerzlich ist, keine Kinder zu haben, oder die den richtigen Partner nicht finden. Jeder Mensch muß mit seinem eigenen Leben zurecht kommen. Es gibt Frauen, die sagen, man könnte ihnen noch so viel Geld anbieten, sie blieben nicht zu Hause. Sie wollen ihre Fähigkeiten anders einbringen und Positives für die Gesellschaft leisten. Manche Frau geht in ihrem Beruf so sehr auf, daß sie auf ein Kind verzichtet. Manche haben ein oder zwei Kinder, aber auch erst, wenn sie schon älter und in ihrem Beruf etabliert sind. Dann gibt es auch Karrierefrauen mit 5 und mehr Kindern. Es gelingt ihnen, mit Hilfe ihres Einkommens und Umfeldes ihre Kinder gut zu versorgen. Aber das sind alles nur Einzelfälle.

Was ist mit der **Mehrheit der Bevölkerung**, die nicht im Rampenlicht steht? Mit den kaufmännischen Angestellten, den Handwerkern, die zu uns ins Haus kommen zu Reparaturarbeiten, den Friseurangestellten oder den im Gastgewerbe Beschäftigten und all den anderen? Mit ihren 700 oder 800 Euro im Monat können sie sich nicht einmal eine Wohnung leisten und müssen von ihren Eltern unter-



Zeichnung: Liili Mõtuste, aus "Die Umwelt"

stützt werden. Wie sollen solche junge Paare eine Familie gründen? Sie können zusammenziehen, zusammen leben und so etwas leichter über die Runden kommen. Aber Familie und Kinder? Diese Menschen bilden die Mehrheit der Bevölkerung. Warum setzt man nicht auf sie?

Zu den oben genannten Frauen wäre noch eine Gruppe zu erwähnen. Es sind die Mütter, denen nichts lieber ist als ganz für ihre Kinder da zu sein. Sie sagen, warum haben wir Kinder, wenn wir sie gleich wieder abgeben sollen!

Diese Mütter wird es allerdings bald nicht mehr geben, weil man ihnen das Leben unmöglich macht. Sie können nicht zu

Hause bleiben, sie müssen verdienen gehen. Auch in unserem Mittelstand können Eltern mit einem Alleinverdienergehalt nicht mehr auskommen, beide Eltern müssen verdienen, um die Familie zu erhalten. Aber es geht nicht nur um das Familienbudget, das nicht ausreicht, es geht auch um **die Mutter**. Bleibt sie zu Hause, fällt sie durch das soziale Netz, sie hat weder einen eigenen Verdienst noch eine eigene Pension, was ihr alles durch einen Beruf zustünde. **Ihre Arbeit zählt nicht**. Und es geht vor allem auch um unsere Kinder, denen ein Aufwachsen in einer intakten Familie nachweislich am besten tut. Der größte Wunsch der Kinder ist, daß ihre Eltern mehr Zeit für sie hätten.

Bei Umfragen und in Statistiken wird immer wieder festgestellt, daß die Menschen sich Kinder wünschen. Warum nicht auch **den Eltern helfen, die Kinder haben wollen?** Warum anerkennt man nicht auch die Arbeit, die eine Mutter (oder auch ein Vater, wenn es die Familiensituation erfordert) zu Hause mit den Kindern leistet, als Arbeit, als Beruf mit Steuern und Kranken- und Pensionsversicherung? Wie viele neue Arbeitsplätze brächte dieser neue Beruf "**Berufsmutter**" oder "**Berufsvater**"? Eine solche Familie stünde ganz anders da. Ein Elternteil wenigstens hätte ein sicheres Einkommen, wenn der andere arbeitslos wird oder aus irgendeinem andern Grunde ausscheidet. Junge Paare könnten eher Mut fassen, eine Familie zu gründen, wenn wenigstens ein Partner ein sicheres Einkommen hätte.

Die Wirtschaft bekäme einen Aufschwung, denn die Familien sind es, die Konsumgüter notwendig brauchen. Über eine vorbereitende und begleitende Ausbildung

und Qualifikation für diesen Beruf müßte noch gesprochen werden.

Die **Finanzierung** ließe sich machen bei etwas Nachdenken, Umdenken und vor allem guten Willen. Statt immer mehr öffentlichen Kinderbetreuungsplätzen - **ein Kinderplatz zu Hause**. Statt immer mehr Arbeitslosengeldern steht ein neuer Arbeitsplatz zur Wahl. Der FLAF (Familienlastenausgleichsfonds) müßte auch dringend aufgestockt werden.

Was immer uns aus Frankreich und Schweden als Erfolg von den berufstätigen Müttern berichtet wird, es ist zu wenig. Wir brauchen mehr Kinder, um den Verlust aufzuholen.

Auch die kleinen Zubeßen, die man den Familien bei uns zukommen läßt, reichen nicht aus. Ist das Kinderbetreuungsgeld zu Ende, wenn das jüngste Kind 3 Jahre alt ist, ist die Familie erst recht schlecht gestellt. Es bedarf einer einschneidenden **radikalen Änderung**, die ins Auge springt und auch **den kleinen Leuten ermöglicht, sich auf Kinder einzustellen**.

Wir leben in einer Demokratie. Warum bietet man uns nur 1 Modell an - Vereinbarkeit von Familie und Beruf, alle Frauen hinaus in den Erwerb - nach DDR-Vorbild? Warum glaubt man, eines muß für alle gelten?

Wenn die verantwortlichen Entscheidungsträger unseres Landes es ernst meinen, müßten sie alle Möglichkeiten der vorhandenen Gegebenheiten in Betracht ziehen und ausschöpfen.

Dr. Herta Herglotz, OSTR.i.R.

8010 Graz

herta.herglotz@surfeu.at

Eine große Chance für die Umwelt

Das würde die Verwirklichung der „Berufsmütter“ bzw. „Berufsväter“ bedeuten. Für eine umweltbewußtere Lebensweise braucht man vor allem mehr Zeit: Zubereitung frischer, gesunder Mahlzeiten, eigenes Obst und Gemüse im Garten (falls möglich) und die Verarbeitung von beidem, mehr Zeit zum Radfahren, zum zu Fuß gehen oder zur

Benützung öffentlicher Verkehrsmittel, mehr Möglichkeiten für umweltfreundlichere „Handarbeit“ im weitesten Sinn statt Maschinen- und Chemieeinsatz, usw. usf.

Lebenserwartung der Männer in Österreich fast 6 Jahre niedriger als die der Frauen!

Laut „Statistik Austria“, dem früheren statistischen Zentralamt Österreichs, beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung der Österreicher bei Frauen 82,24 Jahre, bei Männern aber nur 76,65 Jahre. Ein statistisch hoch signifikanter Unterschied, der seit Jahren immer wieder erhoben wird, über den sich aber kaum jemand ernsthaft den Kopf zerbricht. Warum sterben unsere Männer so viel früher? Seit einigen Jahren spielt der 2. Weltkrieg, der nun doch schon vor mehr als 60 Jahren zu Ende ging, bei dieser Statistik keine Rolle mehr.

Offenbar muß es bei den Männern trotz des weit höheren Verdienstes Umstände geben, die sie körperlich und/oder seelisch stärker beanspruchen als den meisten bewußt ist. Ob dabei nicht auch der Verlust eines wirklichen „Zuhause“ und einer Frau eine Rolle spielt, die nicht auch selbst abgehetzt vom „Job“ (statt einer richtigen Anstellung) knapp vor dem (Fast-Food-) Abendessen erst heimkommt und dann noch einen Berg von Arbeit bewältigen muß?

Jedenfalls kann es nicht das Ziel einer vernünftig verstandenen Frauenbewegung sein, daß die Männer so früh sterben. Deshalb erscheint der Aufbau einer FAMILIENBEWEGUNG viel notwendiger, die statt einem unnatürlichen Gegeneinander der Geschlechter das MITEINANDER von Frauen, Männern und Kindern gleichermaßen zum Ziel hat.

Das Rückgrat jeder größeren Gemeinschaft, jedes Dorfes, jedes Staates ist die FAMILIE. Sie ist der wichtigste menschliche Teil unserer HEIMAT & UMWELT. Nachstehend ein Leserbrief eines Familienvaters, der vor kurzem in der

„Wiener Zeitung“ erschienen ist und vieles auf den Punkt bringt:

Verstaatlichung der Kinder

Ich bin als Familienvater bestürzt über die in verschiedensten Medien in Erscheinung tretende Tendenz:

- Kinder sollten möglichst früh (man spricht von einjährigen Kindern) aus der Geborgenheit des Elternhauses herausgerissen und in Kollektivbetreuung gegeben werden.
- Frauen sollten möglichst schnell nach der Entbindung ins Berufsleben zurückkehren. Sie werden damit zu Gebärmaschinen degradiert.

Ich würde das unseren Kindern nie antun. Sie dürfen bis zum Schuleintritt Tag für Tag ausschlafen, wie es ihnen gefällt. Während des Tages dürfen sie unbelastet vom Gruppendruck spielen und die Welt um sich entdecken, wie es ihnen gefällt. Termindruck, Hektik und Zwang kommen noch früh genug.

Warum nur werden alle möglichen Staatsbetriebe privatisiert, aber die Verstaatlichung der Kinderbetreuung halten unsere Politiker und Meinungsforscher für etwas Gutes?

Haben die Betreiber der Kinderverstaatlichung noch nichts von Entwicklungspsychologie gehört, von der **Empfindsamkeit der Kinderseele in den ersten Lebensjahren**, von der für das ganze Leben prägend wirkenden Bindung an Mutter und Vater? Die kurzen Abende genügen dafür nicht. Ist es nicht zudem ein wirtschaftlicher Wahnsinn, wenn die staatliche Betreuung von Kleinstkindern mehr kostet, als die damit freigesetzten Mütter in ihrem Beruf außer Haus verdienen können?

Freilich, nicht nur die linken Ideologen haben ihre Freude an Frauen, die außer Haus arbeiten, auch die Industriellenvereinigung freut sich auf ein Überangebot von jobsuchenden Frauen. Dann lassen sich Lohnkosten umso besser drücken!

Alois Wolfmayr, 4594 Grünburg

100.000 Abtreibungen pro Jahr nur in Österreich?

Laut seriösen Schätzungen wird seit Einführung der „Fristenlösung“ 1974 unter der Regierung Kreisky inzwischen **jedes 2. bis dritte Kind** abgetrieben. Ende der 70er Jahre nannte der damalige Vorstand der Wiener Semmelweis-Klinik Prof. Rockenschaub einmal die Zahl von rund 120.000 Abtreibungen pro Jahr, später sprach er von rund 100.000. **Geboren** werden in Österreich jährlich rund 90.000 Kinder. Obwohl in Krankenhäusern und Abtreibungskliniken durchgeführt, wird die jährlich erschreckende Anzahl dieser **Tötungen** – mit wenigen Ausnahmen – **völlig gesunder Kinder** in keiner öffentlich zugänglichen Statistik erfaßt. Dieses als „unwert“ erklärte LEBEN verschwindet in den Mülltonnen und –Verbrennungs-Schlotten der Krankenhäuser oder wird für „Placenta“-Cremen und so genannte „Stammzellenforschung“ der Pharma-Industrie zur Verfügung gestellt.

Trotz jährlich zigtausenden Abtreibungen nur in Österreich (die Zahlen sind in den meisten auch so fortschrittlichen „westlichen“ Demokratien ähnlich) traut sich kaum eine durch den Druck des herrschenden Wirtschafts- und Gesellschafts-Systems „verhinderte“ Mutter über ihr „verlorenes“ Kind mit irgend jemandem zu reden. Es ist nach wie vor ein Tabu-Thema in der Gesellschaft. Das zeigt mehr als 30 Jahre nach der gesetzlich für legal erklärten Tötung gesunder Kinder im Mutterleib, wie traurig die Mütter und oft auch die Väter über diesen Verlust sind, und daß alle von verblendeten, lebensfeindlichen Politikern gemachten Gesetze das in uns Menschen als Geschöpfe einer höheren göttlichen Ordnung innewohnende Gefühl für Recht oder Unrecht nicht auslöschen können (Gott = das Gute).

Mit der finanziellen Anerkennung der MUTTER durch die Allgemeinheit wie bisher beschrie-

ben könnten wohl auch viele der Kinder zur Welt kommen, die jährlich der Abtreibung zum Opfer fallen.

Die Vergabe von Kindern, die zur **Adoption** freigegeben werden, an **Homosexuelle** ist himmelschreiend. Diese von der Stadt Wien seit Jahren (!) praktizierte Handhabung ist ein Irrweg sondergleichen, da diese bedauernden Kinder niemals eine Mutter (oder in weit selteneren Fällen) einen Vater kennen lernen, geschweige denn eine normale Familie. Das Recht des Kindes auf beide Eltern wird damit mit Füßen getreten. Es spricht Bände, daß diese Praxis der mit absoluter Mandatsmehrheit (obwohl nicht Stimmenmehrheit) in Wien regierenden SPÖ, die erst vor kurzem bekannt wurde, zu keinem Aufschrei nicht einmal der Kirche führte.

Und das, obwohl es eine lange Warteliste von ganz normalen Eltern in Österreich gibt, die ein Kind adoptieren wollen und viele Jahre darauf warten müssen, bis sie „dran“ kommen, wenn überhaupt!

WEGWARTE

Wie die Wegwarte
stehst du in Staub und Sturm,
zwischen Steinen und Sternen,
am Wege dieser Welt,
Erdenlos, Erdenleid
duldest du,
Mangel und Mühsal.

Dennoch - oder gerade deshalb -
treibst du Träume
sehnd zur Sonne
wie Blüten und Blätter
bringst Frucht, Botschaft
und Hoffnung
wie der still-blaue Strahlenkranz
der Wegwarte

Aus: Barbara Suchner:
"Wegwarte 1981"

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 18 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wie-der-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Basis-Zeitschrift ohne Firmeninserate.

Österreich 2005: fast 200.000 Versuchstiere "verwendet"! Das wahre Gesicht der Medikamenten-Medizin und Kosmetik

In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift des Internationalen Bundes der Tierversuchsgegner (Präsidentin Gerda Matias) informiert Mag. Romana Rathmanner über dieses verdrängte Thema wie folgt.

Am 27.06.2006 ist die **Tierversuchsstatistik** gemäß § 16 Tierversuchsgesetz für das Jahr 2005 auf der Homepage des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur http://www.bmbwk.gv.at/forschung/recht/tierversuche/tierversuchsstatistik_2005.xml veröffentlicht worden.

Demnach wurden im Jahr 2005 in Österreich **167.312 lebende Wirbeltiere für belastende, schmerzhaft Experimente eingesetzt** (326 Tiere wurden erneut für Versuche verwendet). Dies stellt gegenüber dem Vorjahr eine markante Verringerung von über 10 % dar und betrifft hauptsächlich Mäuse und Kaninchen, mit weitem Abstand auch Meerschweinchen und andere Nager, Hunde, Pferde, Meerkatzen und Katzen.

Bei der statistischen Darstellung der Versuchstiere ist jedoch folgendes zu berücksichtigen und festzuhalten:

- Wie viele Tiere sich im Jahr 2005 **tatsächlich in den Versuchslabors** befunden haben, ist der Statistik noch immer nicht zu entnehmen, da sich die Zahlen nur auf die Labortiere, die im betreffenden Jahr tatsächlich im Versuch eingesetzt waren, beziehen. Es ist aber durchaus üblich, Tiere in den Versuchslabors quasi auf Vorrat zu halten bzw. bei Nichtgebrauch auch zu töten, was statistisch nicht eigens erfaßt wird.

- Zudem ist der Statistik nicht zu entnehmen, wie viele Versuche ein einzelnes Versuchstier insgesamt bis zu seinem qualvollen Tod über sich ergehen lassen mußte.

- Auch werden Klonversuche, **gen-**

technische Experimente und der Einsatz von transgenen Tieren nicht eigens ausgewiesen.

- Darüber hinaus muß festgehalten werden, daß die Zahlen der offiziellen Statistik nicht dem tatsächlichen Verbrauch von Tieren in den Labors entsprechen.

Denn nach dem Tierversuchsgesetz gilt nicht jeder Eingriff an einem Tier (auch in einem Tierversuchslabor!) als ein Tierversuch und scheint somit auch **nicht in der offiziellen Statistik** auf. Nach dem Gesetz handelt es sich nur dann um einen Tierversuch, wenn

1. der Versuch an einem Wirbeltier durchgeführt wird. Versuche an Wirbellosen gelten nicht als Tierversuche.

2. der Versuch mit erheblichen Schmerzen und Leiden verbunden ist. Alle Eingriffe, die nach der Meinung des Experimentators (!) für das Tier nicht belastend sind, gelten nicht als Tierversuche.

3. der Versuch am lebenden Tier durchgeführt wird. Versuche an Tieren, die vorher eigens (zum Zwecke der Gewinnung von Gewebe, Zellen, Organen etc.) dafür getötet wurden, gelten nicht als Tierversuche!

4. Ebenso wenig gelten Versuche an Tierföten und Embryonen als Tierversuche.

- Darüber hinaus unterliegen Tierversuche, die **in einem anderen Land** in Auftrag gegeben oder als (auch mit österreichischen Steuermitteln gefördertes) Forschungsprojekt in ein anderes Land verlagert werden, nicht dem österreichischen Tierversuchsgesetz.

Weiterführende Informationen über die Versuchstiere (verwendete Arten, Herkunft der Versuchstiere, Zweck der Verwendung etc.) finden Sie auf unserer Homepage

www.tierversuchsgegner.at (unter „Tierversuche“ – „Statistik“), wo auch die 40 Tabellen der offiziellen Statistik auf 4 Seiten zusammengefaßt wurden. Auf Anfrage (Tel.: 01/713-08-23) schicken wir sie Ihnen auch gerne postalisch zu.

Getötete Tiere zwecks Organ-Entnahme werden nicht als „Versuchstiere“ per Gesetz definiert. Auch die Tötung von aber tausenden Tieren, um an ihren Körperteilen Versuche vornehmen zu können, werden nicht erfaßt. (Bemerkung: Gerda Matias)



Diese Hündin von IAMS (Tierfutterhersteller) hat keinen Namen – nur eine Labor-Identifikationsnummer. Weil sie keinen Liegeplatz hat und nicht mal während der Reinigung des Käfigs raus darf, muß sie oftmals auf nassem Beton sitzen oder liegen. Sie ist einsam und depressiv.

Foto und Text aus: *Was Sie schon immer über Tierversuche wissen wollten*, Echo Verlag, 2005

Dem himmelschreienden Leid der seit vielen Jahrzehnten in sogenannten Forschungslabors unserer zunehmend verrohter werdenden „modernen“ Welt gequälten, schutz- und wehrlosen TIERE können nur fühlende MENSCHEN Einhalt gebieten. Die unheilige Achse von Konzernen, Politik, Medien und Gerichten steht auf Seiten der Tierquäler genauso wie sie auf der Seite der Abtreibungsbefürworter steht. Nur viele kleine Schritte von vielen EINZELNEN können uns und die so entsetzlich und völlig unschuldig mißbrauchten Tiere aus diesem Teufelskreis befreien.

Leserbrief:

Aus Tierschutzgründen verwende ich seit 25 Jahren eine Creme, die für Gesicht, Hände, einfach für den ganzen Körper zu gebrauchen ist. Mit Rezept bereitet sie jede Apotheke frisch zu, sie kostet je nach Zutaten-Preis zwischen 8 und 10 Euro (ca. 124,- ÖS) und reicht bei täglicher Verwendung mindestens zwei Monate. Die Haut wird dadurch wunderbar gepflegt und kein Tier muß dafür leiden! Hier das Rezept für die Tages- und Nachtcreme:

10 g Lanolin anhydrid	15 g Avocadoöl
15 g Distelöl (Olivenöl)	8 g Kakaobutter
5 g Bienenwachs	50 g destilliertes Wasser
5 Tropfen Kamillenextrakt	

Hedwig LECHNER, 4600 Wels, Kalkofenstr. 44/1/4, Tel. 0664/43 51 338



Ungarn:

Die Wahrheit über die Demonstrationen

... der letzten Monate in unserem Nachbarland kann man den „großen Medien“ kaum bis gar nicht entnehmen. Der mutige und opferreiche Volksaufstand vom 23. Oktober 1956 gegen das kommunistische Gewaltregime wurde blutig niedergeschlagen, die **damaligen** Demonstranten als „Faschisten“ verurteilt, zahlreiche davon hingerichtet, tausende kamen für viele Jahre in die kommunistischen Gefängnisse. **Und heute?** 17 Jahre nach der „Wende“ ist die Bürgerbewegung in ihrem Aufbegehren gegen die ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Mißstände im EU-Staat Ungarn erneut Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen des sozialistischen Regierungsapparates ausgesetzt.

„Wir haben gelogen – morgens, nachts und am Abend“.

Diese und andere einschlägige Aussagen des amtierenden Ministerpräsidenten **Gyurcsány** über die Tätigkeit seiner Regierung aus einem geheimen Tonbandmitschnitt der Sitzung der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) wurden am 17.9.2006 erstmals im „Kosuth“-Radio gesendet und lösten wochenlange Massendemonstrationen aus. Schon im Sommer hatten Demonstrationen gegen die verheerenden Folgen der **neoliberalen** Umstrukturierungspolitik stattgefunden. Heute werden die Demonstranten und ihre Anliegen – soziale

und wirtschaftliche Gerechtigkeit – in der Presse als „rechtsextrem“ bezeichnet ...

Den Vorwand dafür „liefern“ (auf Bestellung?) gewalttätige **„Randalierer“**, eine winzige Minderheit unter den zig – bis hunderttausenden friedlichen Demonstranten. So wie bei den Straßen-Unruhen in Frankreich (angezündete Autos usw.) besteht auch bei den „Randalierern“ in Ungarn berechtigter Grund zur Annahme, daß diese im Interesse des herrschenden Systems als **Provokateure** „tätig“ sind. In Nebenstraßen der Demonstrationsplätze in Budapest wurden Beamte fotografiert, die sich gerade als Randalierer umzogen ... Mit solchen Methoden, die in der Geschichte keineswegs neu sind, soll ehrlicher Widerstand für Freiheit und Würde der Menschen verunglimpft und erstickt werden.

Diese Abläufe haben für ganz Europa Bedeutung. Hier werden Modelle erprobt, wie berechtigter Widerstand ausgeschaltet werden kann. Die **Hintermänner** und geheimen Parallelstrukturen, wie zB die als Polizisten verkleideten Angehörigen paramilitärischer Sondereinheiten oder Privatfirmen, ähnlich der MPRI (Military Professional Resource Inc.) in Bosnien, die Unruhen provozieren und manipulieren, **müssen entlarvt werden**.

Einen unschätzbaren Beitrag dazu verdanken alle freiheitsliebenden Bürger der genossenschaftlich

organisierten Schweizer Zeitschrift **„Zeit-Fragen“** und ihrer langjährigen Aufklärungsarbeit. Näheres über diese eingeschleusten Provokateure auch in Ungarn wird in deren Ausgabe vom 22.11.2006 im Detail berichtet (Seite 9 und 10). Nachzulesen im Internet unter www.zeit-fragen.ch. Gerne senden wir den WEGWARTE-Lesern die gesamte Ausgabe vom 22.11. oder die auf Ungarn bezogenen Seiten 9 und 10 gegen Spesenersatz zu. Bei Interesse genügt ein entsprechender Vermerk am beigelegten Erlagschein.

Bisher haben wir noch in keinem österreichischen Massenmedium (von „Krone“ bis ORF) gelesen, wie mit den Untersuchungen über die Demonstrationen vom Herbst 2006 umgegangen wird. Auf Initiative der Dozentin für Strafrecht, Krisztina Morvai, wird ein alternativer **Untersuchungsausschuß** zusätzlich zum regierungsamtlichen eingerichtet. Zu viele Beschwerden gegen die Übergriffe der Polizei und der Regierung sind laut geworden. Anfang November 2006 nimmt dann die Regierung das Material und die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses **für 80 Jahre als „geheim“ unter Verschuß!**

Das ist EU-konforme „Demokratie“ und Meinungsfreiheit!

In Vertretung des Ungarischen Demonstrationskomitees, welches 33 Tage lang die gegen Minister-

präsident Gyurcsány gerichteten Demonstrationen auf dem Kossuthplatz vor dem Parlament in Budapest geleitet hat, hat die Wiener Rechtsanwältin und Verteidigerin in Strafsachen, **Dr. Eva Maria BARKI** (1010 Wien, Landhausg. 4/Minoritenplatz 6, Tel. Wien 535 39 80, 535 06 78, Fax 533 88 48, E-Mail: barki@lawvie.at) folgende Stellungnahme dazu veröffentlicht.

128 Personen verletzt, davon zwei lebensgefährlich, 131 Personen verhaftet

Die Demonstrationen auf dem Kossuthplatz, die seit dem 17.9.2006 geführt wurden, waren **friedlich**. Sowohl der Angriff auf das Rundfunkgebäude am Anfang der Demonstrationen, als auch die Gewalttätigkeiten vom 23. Oktober haben mit der Demonstrationsserie nichts zu tun, das Demonstrationskomitee hat sich von Gewalttätigkeiten immer distanziert.

Die Demonstration am Kossuthplatz war bis zum 25. Oktober genehmigt. Da die Regierung den Platz am 23. Oktober für die staatlichen Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages des für ganz Europa längerfristig wegweisenden Freiheitskampfes der Ungarn 1956 **in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Gäste** benützen wollte, wurden mit dem Demonstrationskomitee Verhandlungen zur räumlichen und personellen Begrenzung geführt, die jedoch scheiterten. Der Polizeisprecher hat daher bereits am 21. Oktober in der Früh die **gewaltsame Räumung** des Platzes in Aussicht gestellt. Erst nach massiven Protesten beim Polizeipräsidenten und auf Ministerbene wurde auf Intervention des Staatspräsidenten Laszlo Solyom von der Räumung am 21. Oktober Abstand genommen.

Daß der wahre Grund für die Freimachung des Platzes nicht Sicherheitsüberlegungen waren, sondern vielmehr der Umstand, daß die Regierung den Anblick der Demonstranten scheute, ergibt sich daraus, daß unmittelbar nach der Intervention des Staatspräsidenten **Meter hohe Plakatwände** auf-

gestellt wurden, welche einen vollkommenen Sichtschutz auf den Teil des Kossuthplatzes darstellten, wo sich die Demonstranten aufhielten.

Die tatsächliche Räumung des Platzes erfolgte schließlich mit einem von der Polizei angewandten **Trick**. Um die sicherheitspolizeiliche Untersuchung des Platzes zu ermöglichen, haben die Demonstranten um zwei Uhr Früh den Platz freiwillig verlassen, das Wiederbetreten wurde von der Polizei vereinbarungswidrig verweigert. Bereits um vier Uhr Früh teilte mir der Sicherheitsdirektor von Budapest telefonisch mit, daß die Demonstration als aufgelöst gilt, eine Rückkehr sei – **trotz Genehmigung** bis zum 25. Oktober – nicht mehr möglich.

Daraufhin wurden die Demonstranten von einem Riesenaufgebot der Polizei – man spricht von mehreren Tausenden – abgedrängt, durch die Straßen von Budapest **gejagt**, der frühere Staatssekretär Karoly Tamas wandte sich telefonisch an mich um Hilfe, da er mit den anderen Demonstranten schon zwei Stunden lang durch die Straßen gejagt werde, es war nicht einmal ein Stehenbleiben möglich.

Da immer mehr Leute in die Budapester Innenstadt geströmt sind, die alle zum Kossuthplatz wollten, bildeten sich an mehreren Stellen der Stadt Menschenmengen. Während vor dem Parlament die **Feierlichkeiten** statt fanden, begann die Polizei mit **Gummiknüppel** wahllos auf die Menschen einzuschlagen, auch auf alte Leute, Frauen und Kinder. Eingesetzt wurden in der Folge berittene Polizisten, **Wasserwerfer** mit gefärbter Flüssigkeit und unzählige Tränengasbomben.

Die Polizei versuchte dann offensichtlich die Menge zum Astoriaplatz zu drängen, wo die oppositionelle Partei der FIDESZ eine Gedenkveranstaltung abhielt und wo sich zigtausende Menschen aufhielten. Auch diese wurden nach Beendigung der Feierlichkeiten von der Polizei mit Gummiknüppel und Gummigeschoßen angegriffen, unter anderem ein Parlamentsabge-

ordneter der FIDESZ-Partei, welcher mit seiner Gattin und zwei Kindern die Veranstaltung besuchte und auf dem Weg nach Hause von der Polizei attackiert und mit Kopfverletzungen und Bruch des Schulterblattes in das Spital eingeliefert wurde.

Insgesamt wurden 128 Personen verletzt, davon zwei lebensgefährlich, 131 Personen wurden verhaftet, bei mehreren Personen – auch den Mitgliedern des Demonstrationskomitees – wurden rechtswidrig Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Der brutale und massive Polizeieinsatz von **mehreren tausend Polizisten** war durch nichts gerechtfertigt und hat die am Nachmittag und in den Abendstunden dann einsetzenden Krawalle der Jugendlichen **erst ausgelöst**. Tränengasgrananten wurden bis in die späte Nacht gegen friedliche Demonstranten eingesetzt, ebenso in Lokalen, wo vermutet wurde, daß sich Personen hingeflüchtet haben.

Die Opposition hat am 24. Oktober eine parlamentarische Untersuchung der Vorfälle beantragt, die Polizei hingegen hat angekündigt, daß der Kossuthplatz **für Demonstrationen nicht mehr zur Verfügung steht**. All dies ist nicht geeignet, die Wogen zu glätten, zumal eine Reihe von Verfahren wegen Verletzung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit und Verletzung der persönlichen Freiheit zu erwarten ist.

Es wird sich zeigen, ob es dem Ministerpräsidenten, welcher trotz der von ihm zugegebenen Lügen und Irreführung der Bevölkerung vor den Wahlen nach wie vor nicht bereit ist zurückzutreten, gelungen ist, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen. Ungarn sieht jedenfalls politisch schwierigen Zeiten entgegen.

RA. Dr. Eva Maria Barki

Aus demokratischer statt diktatorischer Sicht kann man dazu nur sagen und vor allem im täglichen Leben auch danach handeln:

**Wehret den Anfängen
– überall!**

Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITT VOLKSWIRTSCHAFTLICH ABSOLUT NOTWENDIG!

Einkommens-Schere weiter vergrößert!

ORF-Teletext-Meldung vom 26.11.2006 (wörtliche Wiedergabe):

Die Einkommensunterschiede in Österreich haben sich weiter vergrößert. Nach den Daten des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) sind seit 1995 – d.h. seit dem Beitritt zur EU – nur die obersten 5 % der Einkommen leicht um 1,2 % gestiegen.

Stark gestiegen um 5 % sind überhaupt nur die obersten 1 % der Einkommen. Die **Niedrigsteinkommen** dagegen sind seither netto und um die Inflation bereinigt **um 17 % gefallen**. Den Grund dafür, daß die Einkommensschere immer weiter auseinander geht, sieht Wifo-Experte Guger in erster Linie in der steigenden Zahl von schlecht bezahlten Teilzeitjobs vor allem bei Frauen.

Der TEURO in Österreich:

Nach dem Versprechen, vieles wird billiger und wir werden so an die 1.000 Schilling mehr im Gelddörsel haben (Mag. Brigitte Ederer, damals Staatssekretärin und SPÖ-EU-Werbetrommlerin, heute Generaldirektorin bei Siemens in Wien), sollte man den Vergleich nicht scheuen. Vor allem, wenn man den Eindruck hat, wir wurden wieder einmal gelinkt – es ist offensichtlich so ziemlich alles teurer – manches sogar viel teurer – geworden. In der Zeit vom 14. bis 20. Februar 2006 wurden in der Grazer Innenstadt folgende Euro-Preise ermittelt, und weil wir den Euro noch immer nicht richtig „schätzen“, in Klammer die Preise in Schilling:

- Extrawurst-Semmel 2,- Euro (=25,- S)
- Apfelsaft gespritzt 0,3 l 2,60 Euro (=35,70 S)
- „Verlängerter“ Kaffee mit Sahne im Plastikbecher 2,60 Euro (=35,70 S)
- Häuptel Endiviensalat am Bauernmarkt 2,70 Euro (=37,15 S)
- Nudelsuppe im Gasthaus 2,90 Euro (=39,90 S)
- 0,2 l Orangensaft nicht frisch gepreßt dafür saftige 4,- Euro (=55,- S)
- Achterl „Rot“ aus der Oststeiermark 5,10 Euro (=70,20 S)
- 1 kg Spezialbrot 7,- Euro (=96,30 S)
- Salami-Pizza 8,- Euro (=110,- S)
- Express-Brief nach Wien EMS-Brief 11,12 Euro (=153,- S)
- 1 Steak 19,90 Euro (=273,80 S)
- 1 Marken-Jean 129,- Euro (=1.775,- S).

Vielleicht sollte man doch öfter die Preise vergleichen! *Quelle: "Inter Info"*

Der Wunsch nach der **Rückkehr zum österreichi-**

schon SCHILLING statt der internationalistischen Konzern-Währung des Euro ist in breiten Kreisen der Bevölkerung so vehement vorhanden, daß wir ganz sicher sind, daß es früher oder später dazu kommen wird.

Berechtigte Zukunftsängste der Österreicher

Das Linzer Meinungsforschungsinstitut IMAS befragte Ende März/ Anfang April tausend für die Gesamtbevölkerung repräsentativ ausgewählte Personen ab 16 Jahren, was die größten bzw. geringsten Sorgen der Österreicher sind. Die Meinungsforscher legten Karten mit 22 möglichen negativen Entwicklungen vor. Die Befragten sollten all jene auswählen, die sie besonders beunruhigten. Mehrfachnennungen waren möglich. Ergebnis:

Die Mehrheit der Österreicher bangt vor allem um „Jobs“ (welch entlarvendem Wort) und die Gesundheitsversorgung – genau jene Bereiche, die in der EU-Einpeitscher-Propaganda vor der Volksabstimmung von 1994 als „völlig gesichert“ hingestellt wurden!

Im Originaltext der ORF-Internetseite <http://ooe.orf.at/stories/112529> vom 30.5.2006, aus der wir hier zitieren, heißt es wörtlich:

Die „Parade der Zukunftsängste“ wird angeführt von „wenn die Arbeitslosigkeit nicht gestoppt werden kann“ und „wenn die gesundheitliche Versorgung nicht mehr wie bisher gewährleistet ist.“ Davon fühlen sich jeweils 62 Prozent der Befragten beunruhigt.

„Vergleichsweise am wenigsten Kummer verursachen ein eventuelles Auseinanderbrechen der EU sowie der Rückfall Europas in Einzelstaaten.“

Dieses angesichts der permanenten pro-EU-Propaganda in (fast) allen Massenmedien geradezu sensationelle Ergebnis dieser offiziellen Meinungsumfrage wurde in den zahlreichen Berichten darüber in Rundfunk und Tageszeitungen praktisch nirgends erwähnt. Es zeigt aber, wie so manche andere Ereignisse, daß wir mit unserer langjährigen Arbeit für den Austritt aus der EU auf dem richtigen und auch demokratischen Weg sind und daß das Ziel alles andere als hoffnungslos ist. Das Volk ist nicht so „blöd“ wie es die Machthaber gerne hätten!

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
16. Jahrgang, Folge 6, Dezember 2006
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

**3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer